

Anlage 2

Redebeitrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum TOP 5.3 – DS0384/11 – Haushaltsgenehmigung 2011

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mir jetzt mal große Mühe geben, von dem, was Herr Zimmermann vorgetragen hat, nichts zu wiederholen. Aber einige Sachen muss ich noch hinzufügen, weil ja in der Öffentlichkeit so ein Eindruck entsteht, als ob es hier um eine persönliche Differenz geht zwischen Minister Bullerjahn und meiner Person; das ist mitnichten der Fall. Es geht weder um seine Person noch um meine Person, sondern es geht lediglich darum – und das ist jetzt eine entscheidende Phase, in der wir uns befinden – wie wir in den nächsten zehn Jahren in Magdeburg weiter in der kommunalen Politik agieren können oder eben nicht. Und wenn man mal sich die aktuellen Debatten anschaut, die nicht nur hier im Stadtrat gehalten werden, sondern die europaweit gehalten werden, dann gibt es ein zentrales Thema, sogar weltweit, was jeden Tag in irgend einer Zeitung steht, jeden Tag im Fernsehen zu hören ist, das ist die Frage nach dem Verschuldungsstand der öffentlichen Haushalte. Griechenland ist das Paradebeispiel dafür. Aber Griechenland ist ja nicht nur in Griechenland, zum Teil ist Griechenland auch in Italien, zum Teil ist Griechenland in Sachsen-Anhalt und zum Teil ist Griechenland in den Kommunen. Weil wir alle Verschuldungsstände erreicht haben, wo die meisten, wenn man sie ernsthaft fragt unter vier Augen sagen können, dafür haben wir gar keine Lösung mehr. Wir wissen nicht mehr, wie wir die Schulden jemals wieder abtragen sollen. Die Aussage im Land ist ja die, wenn wir 50 Mio. jedes Jahr tilgen, brauchen wir 400 Jahre; völlig illusorisch, wie man das machen kann. Und darum ist die zentrale Frage, um die es heute geht, sowohl in Europa als auch in Deutschland als auch in unserem Land, dass wir aufhören, weitere Schulden zu machen. Und von daher ist die generelle Aussage des Finanzministers „Wir machen keine Schulden mehr im Land“ richtig; die ist überhaupt nicht zu kritisieren. Die Frage ist nur, ob man bei der beschlossenen Schuldenbremse, die auf Bundesebene beschlossen wurde und vom Land beschlossen wurde, das in so kurzer Zeit hinkriegt, dass ich sage, von 2011 mit einem Haushaltsvolumen von 500 Mio. Kreditaufnahme im nächsten Jahr Null. Wenn das geht, okay. Wenn das aber auf dem Weg passiert, dass die Schulden weitergeschoben werden, die man selber nicht macht, zu denen, die sich gar nicht wehren können, die dann ihre Haushalte auch wieder mit Schulden finanzieren können, dann geht das so nicht. Dann muss man mindestens darüber reden, wie man das gemeinsam organisieren kann, dass man einen Weg findet zum Schuldenabbau und vor allen Dingen einen Weg findet, um keine weiteren Schulden aufzunehmen. Das ist die zentrale Frage, um die es dabei geht. Und wenn wir uns anschauen, was bei uns hier in Magdeburg seit 2003 – so lange reden wir über das Thema; leider; das war der erste Haushalt, der einen geplanten Minus hatte von über 40 Mio., und zwar deshalb, um das auch noch mal zu wiederholen, weil, das vergisst man ja auch in acht Jahren, weil es 2000 eine Steuerreform gab, die sozusagen Unternehmen entlastet hat und teilweise auch Bürger entlastet hat, die bei uns in der Kasse innerhalb von zwei Jahren dazu geführt hat, dass wir 20 Mio. bis 25 Mio. weniger Gewerbesteuerereinnahmen hatten und dazu kam, weil das Land auch weniger Steuereinnahmen hatte, über die so genannte Verbundquote des alten FAGs auch das Land uns weiter weniger Geld geben musste, weil das Steuergesetz eben so war. Das führte zu 50 Mio. weniger Einnahmen pro Jahr. Und für uns war dann die Aufgabe, wir müssen uns Gedanken

machen, wie wir aus dieser Schuldenfalle herauskommen und dazu gibt es die Festlegung in der Gemeindeordnung, man hat ein Konsolidierungskonzept aufzulegen, um zu belegen, dass man aus dieser Verschuldung schrittweise wieder herauskommt. Dazu haben wir hier gemeinsam jahrelang 177 Maßnahmen erfunden, umgesetzt und damit insgesamt fast 80 Mio. pro Jahr, nicht kumulativ sondern pro Jahr, aus dem Haushalt ausgespart oder Mehreinnahmen erzielt. Trotzdem stehen heute noch auf unserer Defizitliste, nicht bei den echten Krediten, auf der Defizitliste ungefähr 180 Mio., die wir nicht abgetragen haben. Und wir haben die Auflage im Februar bekommen, weil wir gemeinsam im Dezember voriges Jahr beschlossen hatten, wir gehen davon aus, dass die Zusage aus 2009 eingehalten wird, dass ab 2012 die aufgabenbezogene Finanzierung komplett erfolgt. Es war nur ein Einstieg gemacht worden 2009. Das hat uns motiviert, in den Haushalt mittelfristigen Plan für 2012 29 Mio. Mehreinnahmen einzustellen. Da hat das Landesverwaltungsamt gesagt, das ist schöner Glaube, das wird wahrscheinlich nicht eintreten, macht euch mal Gedanken, was ihr alternativ vorschlagen könnt. Diese Auflage haben wir hier im Stadtrat akzeptiert. Bis 31. August hatten wir die Auflage nachzuweisen, wie wir zusätzlich 29 Mio. durch andere Maßnahmen, aus Mehreinnahmen oder auf der Ausgabenseite streichen können. Und wir waren dabei, einige Vorschläge zu machen, waren uns aber im Klaren, dass wir die 29 Mio. bis Ende Dezember nicht schaffen werden. Denn es ist ja eine Rate pro Jahr, die muss man ja mal vier nehmen, um das bis 2015 auf die 180 Mio., plus unseren eigenen Beitrag, zu addieren. Aber den Einstieg hatten wir gemacht, haben uns Überlegungen gemacht, was wir vorschlagen können. Und jetzt kommt die Situation des neuen FAGs, die aufgabenbezogene Finanzierung, die am Anfang schon ein Grundübel hat, das darin besteht, dass man noch nicht jede Aufgabe definiert hat und sagen kann, was kostet sie wirklich, hat man die IST-Ausgaben genommen und hat aber dann, und das war der erste Generalfehler, alles bei 1,6 Mrd. gedeckelt. Wir machen zwar aufgabenbezogen, aber es gibt einen Deckel. Diese beiden Aussagen passen gar nicht zusammen. Aber das ist so 2009 beschlossen worden. Da war von vornherein klar, dass das gar nicht geht. Und jetzt wird wieder über die IST-Ausgaben/IST-Einnahmen die Ermittlung gemacht, die Herr Zimmermann gerade vorgetragen hat und da kommt raus, dass durch die kreisfreien Städte in den drei Jahren 2008/2009/2010 haushaltsjahrbezogen kein neues Minus gemacht wird. In keinem der drei Jahre haben wir ein neues Defizit gemacht, wir haben immer den Haushalt ausgeglichen gehabt auf das Jahr bezogen, aber es noch nicht geschafft, die Altbeträge abzubauen. Und jetzt ist die Frage, mit dem Brief, den Herr Zimmermann zitiert hat, den wir abgeschickt haben – ich war persönlich beim Innenminister, hab ihn gefragt, wie er das sieht, wie er das einschätzt, wie man das lösen kann das Problem – und warte bis heute auf eine Antwort. Und darum haben wir zum 31.08. als Verwaltung nichts abgegeben. Und zwar aus dem ganz einfachen Grund, nicht, wie das in der Zeitung gestern stand aus Boykottgründen, sondern, weil weitere Sparmaßnahmen Schaden für die Stadt erzeugen, weil ich das im nächsten Jahr abgezogen bekomme. Und ich bin nicht gewillt, weiteren Schaden für die Stadt zu erzeugen, sondern abzuwenden. Und darum kann man diese Auflagen im Moment, wenn die Systematik so bleibt, wie sie jetzt ist, nicht erfüllen. Und da bin ich auch ganz gespannt, was die Juristen aus dem Innenministerium dann erzählen werden, wenn sie uns zwingen wollen, Sparvorschläge zu machen, die am Ende nichts bringen. Sie müssen doch erst die Systematik ändern. Und dann sind wir doch gar nicht die, die sich weigern, Sparvorschläge zu machen. Das haben wir doch nie gemacht. Aber die müssen doch bei uns bleiben und die können nicht wo anders landen. Das Gesetz selber, will ich noch mal sagen, da ist eine Formulierung in den

letzten Tagen in den Medien gewesen, die ist nicht ganz korrekt, vor allem auf der mdr-Seite, wo ich immer zitiert werde, das Gesetz muss außer Kraft gesetzt werden. Das Gesetz selber ist gar nicht so falsch, sondern die Frage, wie ich die Berechnungen mache. Was ich einbeziehe und was ich weglasse. Und wenn ich die Berechnungen völlig falsch mache, dann kommt da natürlich eine Systematik raus, die, wie ich es gesagt habe, absurd ist und in der ersten Formulierung gesagt habe, die nicht seriös ist. Und darum will ich es noch mal an dieser Stelle, weil natürlich immer in dem Gefecht sozusagen Kommune gegen das Land, den Kommunen immer ganz locker manchmal direkt, manchmal indirekt gesagt wird, ihr jammert sowieso immer, euch kann man dabei sowieso nicht glauben. Um mal eine Instanz zu zitieren – und das muss ich jetzt wirklich vorlesen, weil ich das nicht aus dem Kopf vortragen kann – was der Rechnungshof, der Landesrechnungshof in seiner Stellungnahme am 9. September dem Finanzminister geschrieben hat. Und der ist ja bisher nicht so sehr der Kommunalvertreter gewesen, der uns immer geschont hat, sondern eher das Gegenteil. Will mal einige Passagen, die das wirklich auf den Punkt bringen, ich hätte es besser wirklich nicht formulieren können, aus dem Brief des Rechnungshofes vortragen. Hier geht es um die allgemeinen Anmerkungen. Sie können die Rechnung nachvollziehen, wir auch, die gemacht worden ist, also die mathematische Addition, das kann man auch nachvollziehen. Und dann kommt: „Nicht nachvollziehbar für den Landesrechnungshof ist jedoch, dass bestimmte erforderliche Ausgabepositionen nicht in die Bedarfsberechnung und Einnahmepositionen, die mit Fehlbeträgen aus Vorjahren korrespondieren, in die Bedarfsrechnung einbezogen worden sind. Die Folge dieser Verfahrensweise ist, dass der ermittelte Bedarf nach Ansicht des Rechnungshofs geringer ausgefallen und daher die in § 2 FAG festgesetzte Finanzausgleichsmasse für 2012 und 2013 zu niedrig bemessen ist. Der Rechnungshof hält dieses Vorgehen, gemessen an den gesetzlichen Rahmenbedingungen, daher für systemwidrig.“ Jetzt kommt der schönste Passus: **„Konsolidierungserfolge der Kommunen**, die in den Jahren 2008 bis 2010 zum Abbau des Altdefizites verwendet wurden, **kommen somit grundsätzlich nicht den Kommunen selbst zugute**. Bei dieser Vorgehensweise entsteht in den Jahren 2012 bis 2013 eine zusätzliche Differenz der Einnahmen und Ausgaben.“ Und jetzt mal ein Beispiel, das muss ich jetzt ganz langsam vortragen und Sie sollten sich das hinter den Spiegel stecken, was eigentlich in der Konsequenz passieren würde. Jetzt macht der Rechnungshof mal ein Beispiel. Er stellt die Auswirkungen dieser Verfahrensweise an einem Beispiel dar: „Hätten die Kommunen in ihrer Gesamtheit im Jahr 2009 ihre Fehlbeträge in Höhe des Bestandes an Kassenkrediten, in Höhe von fast 1 Mrd. durch Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen, würden sich die ermittelten Finanzierungsausgleichsmassen für die Jahre 2012 und 13 jeweils um 500 Mio. verringern. Infolge müssten die Kommunen in diesen Jahren zusätzliche Einnahmen in Höhe dieser Beträge erwirtschaften, damit keine neuen Fehlbeträge entstehen.“ Das heißt, die Milliarde wäre wieder da. Wir hätten sie eingespart, aber sie wäre wieder da an neuen Fehlbeträgen. Und wer dann noch sagt, dass diese Berechnung seriös ist, da fällt mir nichts mehr ein. Zu dem Thema, was Herr Zimmermann schon angesprochen hat, Bedarfszuweisung Hartz IV. Wieder Zitat: „Wäre das Ministerium der Finanzen für die Einwohnerentwicklung und die eigenen Steuereinnahmen der Kommunenprognosen in die Bedarfsermittlung einbezogen hat, ist dieser absehbare Rückgang von Einnahmen für die Landkreise und kreisfreien Städte in Kapitel 1312 um rund 45 Mio. (von 157 Mio. 2010/11) auf voraussichtlich 112 Mio. bisher nicht berücksichtigt. Dies ist aus Sicht des Rechnungshofes sachgerecht. Art. 88 Abs. 1 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt gibt dem Land dafür Sorge zu tragen, dass

die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. **Der Rechnungshof würde es daher nicht für systemgerecht halten, die Absenkung der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisung nicht zu berücksichtigen, wenn sich der Bedarf für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht geändert haben sollte.**“ Und die Zahlen sind eindeutig, er hat sich bisher fast nicht geändert. Wir haben nach wie vor die gleichen Kosten im Hartz IV-System wie bisher. Und damit ist doch eindeutig, der Bedarf ist da, weil die Kosten da sind kann das Land nicht einfach die 45 Mio. streichen. Jetzt hör ich mal auf zu zitieren, weil, sonst wird es langweilig. Aber das war, glaube ich, schon ganz schön spannend. Wenn man addiert, die Zahlen des Rechnungshofes, die er selber ausgerechnet hat, da hängen Tabellen dran, an dem Schreiben, dann kommt er auf einen Mehrbedarf von über 200 Mio. – die nicht Magdeburg kriegen würde, sondern alle Kommunen in Sachsen-Anhalt. Mehrbedarf von über 200 Mio. Was hat jetzt unsere Drucksache mit dem allem zu tun. Wir wollen also nicht provozieren, wir wollen mit dem ersten Punkt, der ja bisher die beiden Tage in den Nachrichten dominiert hat, nicht die Bösen sein, sondern wir wollen sagen, dass kann nicht sein, dass wir das machen, so lange die Systematik eben ist, wie an dem schönen Beispiel der 1 Milliarde beschrieben ist. Wir können für uns keinen weiteren Schaden erzeugen. Und wer uns das Gegenteil belegt, mit dem gehe ich Abendessen und gebe eine Flasche Wein aus, dass das nicht so ist. Nach dem Konzert meinetwegen. Der zweite Punkt und da muss man noch mal die Gesamtheit sehen, die wir hier aufgeschrieben haben, wir sind nicht die, die nur irgendwo dagegen sind, wir haben auch gesagt, damit das bei uns in der Stadt auch klar wird, dass wir nicht weiter Schulden machen können, legen wir für uns fest, das hat ja der Städte- und Gemeindebund auch empfohlen, eine so genannte kommunale Schuldenbremse. Wir legen für uns selber fest, wir machen keine Schulden mehr, wir nehmen keine Kredite mehr auf für Investitionen. Das ist für uns nichts Neues, das machen wir seit fünf Jahren schon nicht. Wir haben nur eine Ausnahme gemacht und die bestand bei dem Konjunkturprogramm II. Da haben wir uns drauf eingelassen, den Eigenanteil über Kredit zu finanzieren mit dem günstigen Zinssatz von 1,9 – aber immerhin hat es uns wieder 10 Mio. neuen Kredit eingebracht. Wir haben da gesagt, Krisensituation, gucken wir drüber hinweg, ohne dass wir hier irgendwas beschlossen haben, wir haben es einfach gemacht. Auch das Land hat nichts beschlossen, sie haben einfach die Kommunen machen lassen. Und der dritte Punkt, das ist der, der in der Regel Bürgermeister und Stadträte zurückzucken lässt, weil man damit natürlich Festlegungen trifft, auch in der Not nicht mehr Haushalte aufzustellen, die nicht ausgeglichen sind. Das steht hier drinnen. Wir schreiben auf, wir legen keine unausgeglichene Haushalte mehr vor. Dieses Jahr haben wir Ihnen einen Haushalt – komme ich noch mal zu Herrn Westphal zurück – vorgelegt, den haben wir auch beschlossen, mit einem Defizit von ungefähr 9 Mio. Und der ist genehmigt worden. Hätte nach der Gemeindeordnung und auch der Gemeindehaushaltsverordnung gar nicht genehmigt werden dürfen. Weil wir eigentlich gar keine neuen Schulden mehr machen dürfen, solange wir in der Haushaltskonsolidierung sind. Wir müssten eigentlich schon raus sein aus der Haushaltskonsolidierung. Und von daher muss jetzt an dem Punkt auch mal Schluss sein. Und wenn wir meckern über andere, die uns Geld wegnehmen, müssen wir auch selber die Konsequenzen ziehen und sagen, wir machen das aber nicht mehr. Wir legen keine neuen Schulden auf den Kassenkredit drauf. Und zwar deshalb nicht, weil wir gar nicht wissen, wie wir das abtragen können. Das kann von Ihnen mir niemand sagen, wenn wir das machen würden, wie wir die jemals wieder abtragen können, mit der Systematik ohnehin nicht, da kann ich keinen Euro abtragen. Aber

selbst, wenn die wieder weg wäre, die Systematik, es würde wieder ordentlich, sind wir auch nicht in der Lage, 180 Mio. in vier Jahren abtragen zu können. Wir wissen es nicht. Und darum ist es einfach verheerend, wenn man sagt, das interessiert mich alles gar nicht, ich bin in vier Jahren nicht mehr hier oder in fünf Jahren nicht mehr hier oder in zwei Jahren nicht mehr hier, ist mir egal, nach mir die Sintflut. Das muss ein Ende haben. Und darum ist der dritte Punkt für mich genau so wichtig wie die ersten beiden Punkte, weil das ein Stück weit auch dokumentiert, dass wir schon bereit sind, zu konsolidieren, zu sparen und keine neuen Schulden mehr zu machen und nicht sagen, wenn es nicht geht, machen wir wieder neue Kassenkredite. Das ist hart und das wird auch dazu führen, das wissen Sie alle, darum sind Sie da auch innerlich abgeneigt, so etwas zu beschließen, das schränkt die Handlungsmöglichkeiten ein, das wird dazu führen, dass wir im Notfall auch wieder sparen müssen, aber ich sage, anders geht es nicht. Und jetzt will ich noch als letzten Punkt vorschlagen, wenn wir jetzt mal der Landesregierung Empfehlungen geben können, was man eigentlich machen müsste, um aus der Misere rauszukommen. Das Erste wäre, dass das Gesetz nicht außer Kraft gesetzt wird, sondern, dass man eine Festlegung trifft, die Zahlungen für 2012 bleiben zunächst erstmal genau so wie 2011. Damit haben wir erstens für uns gewonnen, wir hätten wieder den Haushalt, auch das Jahr 2012, ausgeglichen. Aber wir haben noch keine Lösung für die alten Schulden. Die 29 Mio. sind damit nicht gedeckt. Der zweite Punkt wäre, dass wir die Berechnungsgrundlage, wer hat eigentlich wirklich welche realen Ausgaben, wer macht zu teuer, zu preiswert über ein seriöses Gutachten, wo wir auch beteiligt werden wollen, mal wirklich ermittelt und nicht nur die IST-Ausgaben und die IST-Einnahmen auf ein Blatt Papier schreibt. Der Sache muss man sich unterziehen. Da habe ich aber keine Bedenken, dass wir da schlecht abschneiden würden, weil ich gerade gestern die Zahlen gesehen habe des Bundesdurchschnitts, des Bundesfinanzberichtes für alle Kommunen, kleine und große, und da liegen wir bei den Pro-Kopf-Ausgaben und –Einnahmen unter dem Durchschnitt als Großstadt – unter dem Durchschnitt. Da müssen wir auch keine Bedenken haben, dass da irgendetwas bei uns rauskommt und wir nachgewiesen bekommen, dass wir bisher schlecht gearbeitet haben. Die Befürchtung habe ich nicht. Das muss man aber machen, für alle machen, damit die Diskussion aufhört, ich krieg nicht genügend, das ist eine falsche Berechnung. Es muss einmal eine Einigung da sein, dass man Aufgaben sauber finanziert, sauber berechnet und da hat man eine Diskussionsgrundlage, von der kann keiner mehr abweichen, weder Kommune noch das Land. Das muss über ein Gutachten gemacht werden. Der dritte Punkt ist, den wir bei uns auch schon in der Drucksache drinnen haben, ist unser dritter Beschlusspunkt, dass das Land und die Kommunalaufsicht jetzt mal die Gesetze einhält und bei keiner Kommune auf das Haushaltsjahr 2012 keine neuen Schulden mehr gemacht werden dürfen, was die Kassenmittel betrifft. Wer es sich leisten kann, kann natürlich Kredite aufnehmen. Wer genügend Geld hat, kann auch einen Kredit aufnehmen. Aber das kann ich nur machen, wenn ich die Chance habe, ihn irgendwann wieder abzutragen. Und für uns gilt das im Moment eben nicht. Wir haben schon 180 Mio. und können da nicht noch was draufpacken. Und dann ist der letzte Punkt, der vierte Punkt, das ist der Schwierigste, aber der funktioniert eigentlich auch. Man muss sich gemeinsam Gedanken machen, wie man von den bisherigen Schulden runterkommt. In einem Pakt zwischen Land und zwischen Kommunen. Dazu hat der Rechnungshof einen Vorschlag gemacht, hätte ich mir gar nicht getraut, vorzuschlagen. Der schlägt vor, dass man das auf zehn Jahre steckt und jedes Jahr 10 % der Ausgaben als Bedarf anerkennt. Also die 180 Mio. auf zehn Jahre strecken, wäre 18 Mio. pro Jahr und die 18 Mio. würden den Kommunen

bei uns in Magdeburg als Bedarf anerkannt werden. Und solange du nicht drüber bist, kann dir niemand was wegnehmen und zum Teil würde dann das Land auch diese Altfehlbeträge mit finanzieren. Das ist ein Vorschlag nicht von mir sondern vom Rechnungshof. Dass man wirklich einen ganz klaren Fahrplan macht, wie man in zehn Jahren von den Schulden runterkommt. Und wenn man die vier Punkte hat, dann kann man damit auch in aller Ruhe weiterleben, kann im nächsten Jahr das Gutachten machen und kann auch nicht sozusagen Kommunen in Situationen bringen, mit denen sie nicht mehr umgehen können, für die sie keine Lösung haben können. Es ist nicht lösbar unter den jetzigen Bedingungen das zu tun. Und wer heute mal auf die mdr-Seite geschaut hat, da tagt parallel zu uns heute in Halberstadt der Stadtrat, da tagt parallel in Burg der Stadtrat und die haben alle die gleichen Probleme wie wir. Die sind nicht in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen, die sind nicht in der Lage, ihre Altschulden abzubauen. Und wenn das inzwischen bei 90 % der Gemeinden ist, dann kann ja am System irgendwas nicht stimmen. Und wenn dann ich wieder in kleinen Runden gesagt bekomme, ist doch nicht so schlimm, guck mal nach Nordrhein-Westfalen, die haben doch viel mehr Kassenkredite da, da sind wir doch noch Waisenknaben dagegen, dann ist das eine Empfehlung, die ich lieber nicht gehört hätte. Denn wir haben jetzt, wenn man das mal auf den Punkt bringt, wenn man den Vergleich noch mal Sachsen-Anhalt mit Deutschland – insgesamt in Deutschland 40 Mrd. Kassenkredite, bei allen Gemeinden und wir haben davon 1 Mrd. Und wenn man das Verhältnis nimmt der Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung ist das passend. Wir sind schon auf dem Niveau, wo andere 40 Jahre für gebraucht haben. Das ist passend. 1 Mrd. zu 40 ist das gleiche wie 2,2 Mio. zu 82 Mio. Und davon gibt es gar keinen Bedarf mehr bei uns oben was drauf zu packen. Zumal wir nicht die Wirtschaftskraft haben wie andere, das innerhalb einer kurzen Zeit wieder abzutragen. Das heißt, diese Vorschläge, das ist alles nicht so schlimm bei euch, ihr habt noch Valenzen andere Schulden aufzunehmen, das ist einfach grundfalsch. Ein letzter Satz – auch noch mal eine Aussage, die man immer wieder hört, die auch in den Medien oft zu lesen ist – damit man die auch richtig deuten kann, es wird immer davon gesprochen, haltet doch mal den Mund, ihr habt doch Mehreinnahmen. Ihr habt doch ganz deutliche Steuermehreinnahmen. Wenn du das mal überlegst, haben die doch Recht. Klar haben wir mehr Einnahmen als 2006 aber wir haben keine Mehreinnahmen zu unserem Plan. Denn die Steuereinnahmen haben wir dieses Jahr alle schon verplant. Wir haben 2011 schon mit den Steuereinnahmen geplant, die wir jetzt gerade so haben. Sonst hätten wir den Haushalt gar nicht ausgleichen können. D. h. wir haben trotz guter Konjunktur keine Mehreinnahmen auf das Jahr bezogen. Wenn ich aber sage, ich habe Mehreinnahmen zu 2006, wen interessiert das denn, dass ich mehr als 2006 habe, das hilft doch mir gar nichts. Ich habe aber nichts übrig im Haushalt, was ich irgend wo für nehmen kann. Und von daher muss man immer genau hinschauen, was gesagt wird und was gemeint wird, was eigentlich dahinter steckt. Wenn ich Mehreinnahmen, mehr oder weniger, die Worte in Gebrauch habe, muss ich immer den Bezugspunkt definieren. Und für mich kann der nur sein, das laufende Jahr, was unsere Planung betrifft. Und da gibt es bei uns, aus meiner Sicht, keine Mehreinnahmen. Die Steuereinnahmen liegen in Etwa in dem Niveau, wie wir sie dieses Jahr geplant haben. Natürlich sind die viel, viel besser als 2006. Und die Steuereinnahmen in Magdeburg, das muss man auch mal sagen, sind im Vergleich zu anderen Städten gut. Aber im Vergleich zum deutschen Durchschnitt 53 %. Also, das kann man wunderbar in dem Finanzbericht durchlesen, die ostdeutschen Kommunen haben alle im Durchschnitt Gewerbesteuererinnahmen von 53 % der westdeutschen Kommunen; bei der Einkommenssteuer von 78 % und bei der

Mehrwertsteuer ist es etwas günstiger, da ist es weit über 90 %. Das heißt, wir liegen in unseren Steuereinnahmen weit entfernt noch von dem durchschnittlichen Einkommen in den alten Bundesländern. Und darum ist auch diese Aussage in der richtigen Wichtung, hat die eben zwei Seiten der Medaille. Von daher schlagen wir Ihnen heute diese Drucksache mit den drei Punkten vor und bitten Sie auch alle drei zu beschließen, damit auch noch deutlich nach Außen wird, dass wir es Ernst meinen und nicht nur sagen, wir schimpfen aufs Land und sind bei Punkt 3 wieder zögerlich, weil uns das natürlich auch irgendwann mal weh tun könnte. Das wäre auch nicht ganz ehrlich, wenn man den Punkt 3 einfach rausschmeißen würde. Denn, wenn wir das, wie ich das eben gemacht habe, in den vier Punkten, wenn das so im Land beschlossen wird – ich bin da übrigens guter Hoffnung, dass das beschlossen wird, dass man im Landtag den Beschluss fasst, dass die Ausgaben 2012 nicht gekürzt werden, weil es faktisch ja gar nicht geht – dass wir dann damit das auch einhalten werden, ohne weiter jetzt drastische Sparmaßnahmen zu machen. Aber da müssen wir uns Gedanken machen über die Altfehlbeträge in der entsprechenden Zeitschiene auch abtragen können. Von daher meine Bitte, dass sie die heute – wir hatten es ja auch vorbesprochen mit den Fraktionsvorsitzenden – mit großer Einstimmigkeit, wie Herr Zimmermann zu sagen pflegt, mit großer Einstimmigkeit beschließen, damit das Signal auch nicht umgedeutet werden kann. Herzlichen Dank!